



**Kampagnenkoordination:**

DFG-VK Baden-Württemberg, Werastr. 10, 70182 Stuttgart, 0711-51885601, [ba-wue@dfg-vk.de](mailto:ba-wue@dfg-vk.de)  
[www.schulfrei-für-die-bundeswehr.de](http://www.schulfrei-für-die-bundeswehr.de)

Ministerpräsident von Baden-Württemberg  
Winfried Kretschmann, MdL  
Staatsministerium Baden-Württemberg  
Richard-Wagner-Str. 15  
70184 Stuttgart

19. März 2013

## **Kooperationsvereinbarung mit der Bundeswehr**

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

vielen Dank für Ihr Antwortschreiben vom 8. Januar 2013 auf unseren Brief vom 21. November 2012, in dem Sie Frau Brigitte Schmid unsere Anliegen beantworten lassen.

Der Antwortbrief enthält Unklarheiten und Ungenauigkeiten. Deshalb möchten wir Ihnen aus unserer Sicht den Sachverhalt noch einmal darlegen.

Wir kritisieren weiterhin, dass mit der Kooperationsvereinbarung der Bundeswehr Privilegien in den Schulen eingeräumt werden, die keiner anderen Personengruppe eingeräumt wird. So können z.B. die Jugendoffiziere ihre Angebote über die Server der Regierungspräsidien an alle Schule mailen. Die Jugendoffiziere treten in Uniform vor der Klasse auf und werben damit indirekt für den Dienst in der Armee. Sie sind auch der Türöffner für die Karriereberater, die in den Schulen offensiv für die Bundeswehr werben. Dies verstößt gegen das Werbeverbot der Kooperationsvereinbarung.

Sie schreiben in Ihrer Antwort, dass „ausdrücklich festgehalten ist, dass die Teilnahme am Informations- und Seminarangebot der Bundeswehr freiwillig ist“. Wir möchten Sie höflich darauf hinweisen, dass dies insbesondere in der Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern nicht zutrifft. Aus der Antwort des Kultusministeriums auf die Fragen des Abgeordneten Christoph Bayer (SPD) vom 22. März 2011 geht hervor, dass in der Zeit von 2007-2010 mehr als 63 % der Veranstaltungen von Jugendoffizieren der Bundeswehr an den Staatlichen Seminaren für Didaktik und Lehrerbildung für Referendarinnen und Referendare **Pflichtveranstaltungen** waren. (Drucksache 14/7663).

Unsere Kampagne „Schulfrei für die Bundeswehr“ hat sich zum Ziel gesetzt, die Kündigung der Kooperationsvereinbarung zu erreichen. Das bedeutet nicht, dass wir der Bundeswehr verbieten können, im Unterricht aufzutreten. Ob der Jugendoffizier in den Unterricht eingeladen wird oder nicht, entscheidet einzig und allein die zuständige Lehrerin oder der zuständige Lehrer. Dafür bedarf es keiner Kooperationsvereinbarung. Hier reicht die bereits bestehende Verwaltungsvorschrift „Fachleute aus der Praxis“ vom 14. Dezember 2004 aus, in der alles geregelt ist.

Zu Oppositionszeiten stimmten die Vertreter von Bündnis 90/Die Grünen und SPD am 24. März 2010 im Schulausschuss für die Kündigung der Vereinbarung. Vor der Landtagswahl haben zahlreiche, heutige, Abgeordnete von Bündnis 90/Die Grünen erklärt, dass sie im Falle eines Wahlsieges die Kooperationsvereinbarung kündigen wollen. Darunter waren auch einige heutige Minister Ihrer Landesregierung. Es ist für uns unverständlich, dass die Koalition seit fast zwei Jahren zögert, diesen Beschluss bzw. die Zusagen umzusetzen. Hier steht die **Glaubwürdigkeit der Koalition auf dem Prüfstand**.

Im Koalitionsvertrag ist festgehalten, dass die Friedenserziehung einen höheren Stellenwert in der Schule erhalten soll. Unserer Auffassung nach sollten die Bereiche Friedensbildung und gewaltfreie Konfliktlösung denselben Umfang im Lehrplan erhalten wie die militärische Friedenssicherung.

Wir haben in dem Gespräch am 7. Februar 2013 mit Kultusminister Stoch (SPD), der sich vor der Wahl auch für die Kündigung ausgesprochen hat, sehr deutlich vermitteln können, dass wir uns an dem Auf- und Ausbau der Friedenserziehung und Friedensbildung aktiv beteiligen könnten. Weiter könnten wir uns vorstellen, unsere Sachkompetenz in die laufende Erarbeitung der Bildungspläne einzubringen.

Wir haben in dem Gespräch mit dem Kultusminister deutlich gemacht, dass es einen eigenständigen baden-württembergischen Weg geben könnte, jenseits der Kündigung der Kooperationsvereinbarung.

Wir sind nicht an einer eigenen Kooperationsvereinbarung mit den Friedensgruppen interessiert und lehnen diese entschieden ab. Wir sind dazu weder personell, noch finanziell, noch materiell ausreichend ausgestattet.

Gerne verweisen wir auf das Schreiben von Ende Februar, das Ihnen zusammen mit allen weiteren Landtagsabgeordneten der Regierungsparteien Ende Februar zugeschickt wurde. Darin finden Sie weitere notwendige Gründe, die Kooperationsvereinbarung zu kündigen.

Wir bieten Ihnen erneut an, bei einem Treffen mit Ihnen unsere Vorstellungen darzulegen, gerne auch im Rahmen einer Kabinettsitzung.

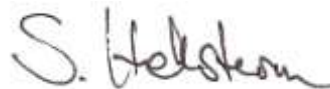
Mit freundlichen Grüßen



Doro Moritz  
Vorsitzende Gewerkschaft  
Erziehung und  
Wissenschaft (GEW)  
Baden-Württemberg



Klaus Pfisterer  
Sprecher Deutsche  
Friedensgesellschaft –  
Vereinigte  
KriegsdienstgegnerInnen  
(DFG-VK) Baden-  
Württemberg



Susanne Hellstern  
Internationale katholische  
Friedensbewegung Pax  
Christi

gez. Volker Haury  
Vorstand  
Arbeitsgemeinschaft  
Mennonitengemeinde in  
Deutschland

